

Rainer Huhle

**„...vergessen, dass sie zu töten
gelernt hatten“.
Perus Wege zur Aufarbeitung der
Vergangenheit**

„Die beste Entschädigung, die den so entsetzlich traumatisierten Menschen gegeben werden kann, ist die Garantie vollständiger und gleicher Bürgerrechte und ihre Anerkennung als menschliche Wesen in Würde.“

Albie Sachs¹

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission

Im September 2001 begann in Peru eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (im Folgenden auch: CVR) ihre Arbeit. Sie war, einer langjährigen Forderung vieler Menschenrechts- und Opferorganisationen folgend, von Präsident Valentín Paniagua am 4. Juni 2001 einberufen worden, der im Jahr zuvor nach dem plötzlichen Zusammenbruch der zehnjährigen Herrschaft von Präsident Alberto Fujimori vom Kongress übergangsweise mit der Regierung beauftragt worden war. Im *Decreto Supremo* N° 065-2001-PCM wurden die Aufgaben und Kompetenzen der Kommission festgelegt. Kurz darauf wurde in den ersten freien Wahlen seit 1990 Alejandro Toledo zum Präsidenten gewählt, der in einem neuen Dekret (101-2001-PCM) am 4. September des gleichen Jahres die Kommission erweiterte und ihre Aufgaben bestätigte. Im Wesentlichen sollte die Kommission

- die Ursachen der Gewalt bestimmen, unter der Peru im Zeitraum von Mai 1980 (dem Beginn der bewaffneten Aktionen des „Leuchtenden Pfads“ und zugleich dem Monat der ersten Wahlen nach der 12-jährigen Militärrherrschaft) bis November 2000 (dem Monat, in dem Präsident Fujimori seine Amtszeit durch die Flucht nach Japan beendete) gelitten hatte. Diese gut zwanzig Jahre umfassen die Regierungsperioden von drei Präsidenten unterschiedlicher politischer Couleur: Fernando Belaúnde (1980-1985), Alan García (1985-1990) und Alberto Fujimori (1990-2000);
- einen Beitrag zur Aufklärung der in diesem Zeitraum begangenen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen leisten und nach Möglichkeit die dafür Verantwortlichen benennen;
- Vorschläge für die materielle Wiedergutmachung und symbolische Würdigung der Opfer und ihrer Angehörigen erarbeiten;

¹ Albie Sachs: „Reparation: Political and Psychological Considerations“, in: *Psycho-Analytical Psychotherapy in South Africa*, 2, 1993: 23, zitiert in: Villa-Vicencio 2000: 207.

- Empfehlungen für Reformen aussprechen, um ähnlichen Entwicklungen vorzubeugen;
- Mechanismen für die Umsetzung ihrer Empfehlungen entwickeln.

In den einleitenden Überlegungen des Dekrets wurde betont, dass die in Peru erlebten Gewalttaten nicht vergessen werden dürften, dass eine demokratische Gesellschaft sich mit Entschlossenheit und ohne Rachsucht der Vergangenheit stellen müsse, und dass der Staat die Pflicht habe, das Recht der Gesellschaft auf die Wahrheit zu garantieren.

Wie alle vorangegangenen Wahrheitskommissionen hatte auch die peruanische CVR keine justiziellen Befugnisse.² Ausdrücklich sollten ihre Ergebnisse aber auch zu Ermittlungen der Justiz führen, und auch grundsätzlich war das Streben nach Gerechtigkeit eines der im Dekret benannten Ziele der Arbeit der Kommission.

Schließlich wurde der CVR das anspruchsvolle Ziel gesetzt, „die notwendigen Bedingungen für eine nationale Versöhnung zu schaffen, die sich auf Gerechtigkeit stützt.“ Zwar änderte erst Toledo in seinem Dekret den Namen der Kommission von einer schlichten „Wahrheitskommission“ in „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“, die Zielsetzung der Versöhnung war jedoch bereits im ersten Dekret ausformuliert.

Damit war die CVR weitgehend in die Tradition früherer Wahrheitskommissionen und des Diskurses gestellt, der etwa in Chile und Argentinien entwickelt worden war und von einer notwendigen Folge von Wahrheitssuche, Herstellung von Gerechtigkeit (insbesondere als Bestrafung der Täter verstanden), Entschädigung und schließlich Versöhnung ausgeht. Die wechselseitige Bedingtheit dieser Elemente ist seither zu einem weithin geteilten *common sense* der Menschenrechtsbewegung geworden,³ der oft emphatisch vorgetragen worden ist (siehe z.B. Pérez Aguirre 1996) und sich auch in einer Reihe internationaler Rechtsinstrumente niedergeschlagen hat.⁴ Obwohl z.B. im postdiktatorialen Chile und Argentinien zeitweise die Vergangenheitsarbeit stark behindert und die Straflosigkeit zur bestimmenden Praxis wurde, ist der

² Eine gewisse Ausnahme bildete die südafrikanische *Truth and Reconciliation Commission*, die zwar keine Strafen aussprechen, wohl aber unter bestimmten Voraussetzungen rechtsverbindliche Amnestien gewähren konnte.

³ Für einen Überblick über die frühe lateinamerikanische Diskussion s. Huhle 1991.

⁴ Z. B. die UN-Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsvorschriften auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 1970; oder die „Erklärung gegen die Straflosigkeit“, die von der UN-Menschenrechtskommission 1998 verabschiedet wurde. Auch die zunehmenden Bemühungen um internationale Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen, insbesondere die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs, gehören in diesen Kontext.

vor allem von den Opferorganisationen und ihnen nahestehenden Menschenrechtsorganisationen vorgetragene Ruf nach Aufklärung der vergangenen Verbrechen und Bestrafung der Täter als Voraussetzung für eine Aussöhnung der Gesellschaft auf demokratischer Grundlage nie verstummt und hat gerade in den letzten Jahren wieder an Gewicht gewonnen. Auch die großen peruanischen Menschenrechtsorganisationen haben ihn sich in dieser Form zu Eigen gemacht und darauf u.a. die Forderung nach einer Wahrheitskommission gegründet.⁵

Am 28. August 2003 legte die aus zwölf Mitgliedern (nebst einem großen Stab von professionellen Mitarbeitern) bestehende Kommission dem inzwischen gewählten Präsidenten Alejandro Toledo ihren Abschlussbericht in neun umfangreichen Bänden vor. Die Reaktionen auf den Bericht – einen der größten in der mittlerweile umfangreichen Geschichte der Wahrheitskommissionen – waren sehr unterschiedlich. Neben Zustimmung in Politik und Öffentlichkeit gab es auch heftige und polemische Kritik, vor allem von Seiten der in dem Bericht benannten politisch Verantwortlichen aus den Reihen der drei Regierungen zwischen 1980 und 2000 (die zusammen den größten Teil der politischen Klasse ausmachen).⁶ Es dauerte Monate, ehe sich Präsident Toledo unter diesen Umständen zu einer Stellungnahme durchrang, die zwar die Arbeit der Kommission würdigte, aber keine konkreten Perspektiven für die Umsetzung ihrer Ergebnisse eröffnete. Auch als ein Jahr später landesweit Feierlichkeiten zum Jahrestag der Veröffentlichung des Berichts stattfanden, war die Situation unverändert. Die öffentliche Polemik hielt noch immer an, während kaum nennenswerte Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen in Angriff genommen waren. Von den insgesamt 47 Fällen, die die Wahrheitskommission nach umfangreichen eigenen Ermittlungen den Justizbehörden übergeben hatte – ohnehin eine geringe Zahl angesichts der Tausenden von schweren Verbrechen, die der Bericht aufführt⁷ – hatten lediglich dreizehn zu Gerichtsverfahren geführt. Erst Ende September 2004 wurde eine weitere Empfehlung der Wahrheitskommission zur Stärkung der Kapazität der Justiz im Umgang mit den Menschenrechtsverbrechen zumindest in Form eines Verwaltungsbeschlusses umgesetzt, der die Schaffung besonderer Gerichtshöfe (vorerst in Lima und Ayacucho) für die Behandlung von Menschenrechts-

⁵ Siehe z. B. COMISEDH 2001, besonders S. 241-253.

⁶ Neben zahlreichen Presseartikeln siehe z. B. ADDCOT 2003, wo vor allem die Kritik der betroffenen Militärs an der CVR ausführlich dargestellt wird.

⁷ Allerdings handelt es sich dabei um teils sehr umfangreiche Komplexe. Insgesamt betreffen die 47 Fälle 1647 Opfer und 492 Täter, von denen die Wahrheitskommission 371 vollständig identifiziert zu haben glaubt (Defensoría del Pueblo 2004, S. 26).

verbrechen vorsieht.⁸ Eine Empfehlung der Kommission hingegen wurde in vorbildlicher Weise umgesetzt: die Errichtung eines Dokumentationszentrums⁹, das die Behörde des Ombudsmannes (*Defensoría del Pueblo*) zur Bewahrung, Aufbereitung und Zugänglichmachung der gesammelten Unterlagen der CVR eingerichtet hat.

Zweifellos hat die CVR Entscheidendes zur Aufklärung der politischen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen während der zwanzig Jahre 1980-2000 in Peru geleistet. Dagegen wird man ein Jahr nach der Vorlage des Berichts kaum davon sprechen können, dass sich ein breiter Konsens um die Ergebnisse der Untersuchung gebildet hätte. Das von der Regierung in Auftrag gegebene und von vielen erwartete Ziel einer „Versöhnung“ ist nicht erreicht worden, im Gegenteil gibt es Grund zu der Behauptung, dass der Bericht die gesellschaftliche Polarisierung – zunächst jedenfalls – vorangetrieben hat.

Zum Teil mag das an der Redaktion des Berichts liegen, der stärker als andere Berichte von Wahrheitskommissionen explizite und prononcierte Wertungen des Handelns gesellschaftlicher und politischer Gruppen formuliert hat. Angesichts der politischen Biografie mancher der Kommissionsmitglieder mag das als anmaßend oder selbstgerecht empfunden worden sein. Vielfach haben die Kritisierten aber gar nicht wahrgenommen, in welchem Kontext die kritischen Analysen des Berichts standen bzw. haben entscheidende Teile des Berichts überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. So wurde der Bericht, gerade weil er seine Kritik ausgewogen nach allen Seiten zu verteilen sucht, auch von allen Seiten kritisiert. Einige Ex-Generäle erhoben sogar Anklage gegen die Kommission vor Gericht,¹⁰ während Sprecher des „Leuchtenden Pfads“ der Kommission vorwarfen, sie verbreite „infame, unbewiesene Anschuldigungen über den angeblichen, mörderischen Fanatismus von Sendero“.¹¹

⁸ Instituto de Defensa Legal: Justicia Viva Mail N° 146, 1.10.04, 2004.

⁹ *Centro de Información para la Memoria Colectiva y los Derechos Humanos*. Dieses Informationszentrum enthält u. a. fast 17.000 Aussagen von Opfern, Tausende von Video- und Audiomitschnitten, Fotodokumente und Kopien von Gerichtsakten (darunter 5000 Anzeigen wegen „verschwundener“ Personen. Die gesamten Dokumente sind katalogisiert und der Öffentlichkeit zugänglich, eine Möglichkeit, die im ersten Jahr des Bestehens nur wenig genutzt worden ist. Der Autor bedankt sich beim Personal des Zentrums für die sachkundige, rasche und freundliche Hilfe bei einigen Recherchen.

¹⁰ „Generales denuncian a CVR ante la Fiscalía“, *Correo* 30/9/2003.

¹¹ 2. Nationale Konvention von Organisationen und Betroffenen für die Aufdeckung der authentischen Wahrheit aus der Zeit des internen Krieges: „Für die Aufdeckung der historischen Tatsachen aus der Zeit des Volkskrieges!“ (Dezember 2002) (<http://mitglied.lycos.de/volksbewegung/Texte/Verschwundene/Wahrheitskommission.html>; 02.07.2004).

Die Unfähigkeit großer Teile der politischen Klasse, sich reflektiert und selbstkritisch mit dem Bericht auseinanderzusetzen, verweist aber auf ein tiefer liegendes Problem. Das peruanische Parteiensystem, die parlamentarische Demokratie und die übrigen staatlichen Institutionen wie Militär oder Justizorgane haben, trotz einiger Korrekturen, nach dem Ende der Diktatur von Fujimori/Montesinos keine wirklichen Reformen erlebt. Während Personen und Strukturen aus der mafiosen Regierungszeit von Fujimori/Montesinos trotz zahlreicher Strafverfahren noch immer teilweise intakt sind, bestimmt eine Mehrheit aus den vor Fujimori regierenden Parteien die politischen Geschicke des Landes. Fujimori war aber gerade deshalb gewählt worden und zu bis heute nicht überall verschwundener Popularität gelangt, weil die Wähler (und Nichtwähler, wie Umfragen zeigen) ihnen zutiefst misstrauten. Daran hat sich wenig geändert, wie die permanenten extrem schlechten Umfrageergebnisse der Regierung Toledo zeigen, die seit zwei Jahren unter denen des wegen unerhörter Korruptionsvorwürfe und schwerer Menschenrechtsverbrechen geflüchteten Fujimori liegen.

Versöhnung durch einen neuen Sozialvertrag?

Die Empfehlungen der Wahrheitskommission, die nach grundlegenden politischen und institutionellen Reformen, nach einer Reihe von Mechanismen zur Sicherung bzw. zum Ausbau des Rechtsstaats verlangen, zielen daher zu einem guten Teil ins Leere. Sie wenden sich an eine politische Öffentlichkeit und eine politische Kultur, die sie mit ihren Empfehlungen erst aufbauen will, ein Dilemma, das die Kommission durchaus wahrnahm, wie aus dem Bericht selbst an verschiedenen Stellen hervorgeht. Es stellte sich in ähnlicher Weise auch in Ländern wie Chile oder Argentinien, wo der Anteil der Menschenrechtsorganisationen und der Wahrheitskommissionen an der Wiederherstellung rechtsstaatlich-demokratischer Strukturen hoch einzuschätzen ist, gerade weil das Einklagen rechtsstaatlicher Prinzipien in einem Unrechtssystem oft als absurd belächelt wurde. Während sich die Menschenrechtsorganisationen aber in Chile und Argentinien auf einen gewissen Grundkonsens in der Gesellschaft über die Wünschbarkeit der Wiederherstellung nationaler rechtsstaatlicher Institutionen und Prinzipien berufen konnten (Huhle 2002: 202ff), ist die Situation in Peru um einiges komplexer. Die Schwierigkeiten der Wahrheitskommission, die sich selbst als Teil eines politischen Projekts mit dem Ziel des Aufbaus nationaler rechtsstaatlicher Strukturen verstand, diese Ziele zu vermitteln, hängen mit der nach wie vor äußerst heterogenen Struktur der peruanischen Gesellschaft zusammen.

Der Wahrheitskommission war die Kluft, die historisch, politisch und kulturell Regionen wie exemplarisch Ayacucho von der dominierenden kreolischen Oberschicht, die nach wie vor fast ausschließlich die politische Klasse aller ideologischen Lager stellt, durchaus bewusst. Die jüngste Epoche der Gewalt, heißt es im Bericht, sei „nur die letzte Etappe einer langen Tragödie, die ein bedeutender Teil der nationalen Bevölkerung gelebt“ habe. Dazu zählt die CVR ausdrücklich die „ethnische und rassische Diskriminierung, die jahrhundertlange Verachtung und Unterdrückung, die Vernachlässigung durch den Staat und die steigende Armut“. (CVR 2003 Bd. 9 Kap. 2.2: 102f.) Sie schließt daraus, dass es „im Innern des Landes, in unsern Anden und dem Amazonasgebiet“ vor allem darum gehen müsse, „eine tief verletzte kollektive Seele zu heilen,¹² die in erheblichem Maß ihre Identität und ihr Zugehörigkeitsgefühl zum nationalen Kollektiv verloren hat.“ (ebd.: 103) Folglich ist „die Reparation¹³ des an den Opfern verursachten Schadens zugleich ein wirkungsvoller Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie, zur Gewinnung neuen Glaubens an die Zukunft und zur Grundlegung eines neuen Sozialvertrags.“ (ebd.: 102).

Das Wort vom „Sozialvertrag“ (*pacto social*) zieht sich wie ein roter Faden durch den Band des Berichts, in dem die Kommission ihre Analysen bündelt und ihre Empfehlungen entwickelt. In dem in einer ersten Auflage von 20.000 Exemplaren zu einem fast symbolischen Preis von ca. drei Euro im Frühsommer 2004 auf den Markt gebrachten (und in großer Zahl auch umsonst verteilten) Buch „Hatun Willakuy“, das auf knapp 500 Seiten die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts zusammenfasst, heißt es dazu:

„Die CVR schlägt gewisse symbolische Aktionen vor, die eine Gesamtheit von bürgerschaftlichen Ritualen (*rituales cívicos*) bilden. Sie zielen auf der einen Seite auf eine Neugründung des Sozialvertrags, und auf der anderen Seite sollen sie symbolische Marksteine des staatlichen und gesellschaftlichen Willens darstellen, dass sich solche Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen wie in den Jahren 1980 bis 2000 nicht wiederholen“ (Comisión de Entrega 2004: 419).

Über diese symbolischen Aktionen, so hoffte die Kommission, werde garantiert, dass alle Opfer in „ihrer Eigenschaft als individuelle Personen und Staatsbürger“, deren Grundrechte verletzt wurden, anerkannt würden. „Die Ebene des Symbolischen schließt die Entwicklung und Wiederherstellung des

¹² Im Original heißt es *reparar*, was semantisch sowohl heilen oder reparieren wie auch den technischen Begriff von „Entschädigung leisten“ umfasst.

¹³ Im Original *reparación*, wiederum im doppelten Sinn gebraucht.

Vertrauens zwischen den Staatsbürgern ein, denn sie fördert eine Haltung der Annäherung zwischen den Gliedern einer politischen Gemeinschaft, die sich infolge der Gewalt aufgespalten hat“ (CVR 2003 Bd. 9, Kap. 2.2: 115).

Zwar oszilliert der Diskurs der CVR über den notwendigen Sozialvertrag zwischen einer Anerkennung der tief verwurzelten, seit der spanischen Eroberung bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen in Peru (die bekanntlich seit dem 19. Jahrhundert eine nie beendete Debatte in allen politischen Lagern über die Frage, was der peruanische Nationalcharakter sei, ausgelöst haben) und der These, dass diese Spaltungen vor allem durch die jüngste Epoche der Gewalt verursacht seien. Dadurch verliert die Zielrichtung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Überwindung dieser Spaltungen an Klarheit. Gleichwohl ist der Begriff von Versöhnung, den die Kommission auf der Basis der Idee eines verletzten (oder gar erst zu schließenden) Sozialvertrags von Bürgern eines Staates entwickelt, der inflationär gebrauchten Rede von einer „nationalen Versöhnung“ nach Epochen der Diktatur und politischen Gewalt konzeptionell überlegen. Eine langfristig angelegte Politik, die sich an dieser Idee der Respektierung und Stärkung der staatsbürgerlichen Rechte aller Peruaner orientierte, wäre zweifellos nicht nur wünschenswert, sondern auch vielversprechend.

Doch die Vision der Wahrheitskommission stieß nur begrenzt auf Verständnis.

Distanzen

Dass sich große Teile der politischen Klasse und die in ihm kritisierten Organisationen gegen den Bericht wehren, ist letztlich nicht verwunderlich, wenn gleich das Ausmaß der Empfindlichkeiten in Peru das aus Chile oder Argentinien Bekannte erheblich zu übersteigen scheint. Es gibt jedoch viele Indizien, die darauf hindeuten, dass der Bericht auch in den Teilen der Bevölkerung, für die er besonders Partei ergreift, nicht in der Weise rezipiert wird, wie das von der Kommission erwartet wurde. So stieß er schon bei seiner Vorstellung 2003, und dann ein Jahr später bei den Erinnerungsveranstaltungen in Ayacucho, also in der Region, die mit Abstand am schlimmsten von der politischen Gewalt aller Seiten betroffen war, zwar bei vielen, nicht zuletzt bei der Organisation der Opfer¹⁴ auf Unterstützung, in Teilen der Öffentlichkeit aber auf heftige Abwehr. Zum Teil mag es sich dabei um übriggebliebene Sympathi-

¹⁴ In erster Linie ist hier der Zusammenschluss der Familienangehörigen der Verschwundenen ANFASEP zu nennen, eine Organisation vor allem von Frauen, die seit 1984 vom Staat Aufklärung über das Schicksal der Tausenden von Verschwundenen in Ayacucho verlangt (s. u.).

santen des *Sendero Luminoso* oder anderer am Konflikt beteiligter Gruppen gehandelt haben. Doch die Distanz zur Wahrheitskommission sitzt tiefer.

Zu den Mitgliedern der Wahrheitskommission gehörten mehrere, die die Entwicklung in Ayacucho miterlebt oder über lange Jahre genau beobachtet hatten. Die Kommission hatte auch ein eigenes Regionalbüro in Ayacucho unterhalten, das zeitweise bis zu 40 Mitarbeiter hatte und zahlreiche Untersuchungen und auch große öffentliche Anhörungen durchführte. Die Kommission berücksichtigte also die herausgehobene Rolle Ayacuchos bei der Entstehung der politischen Gewalt und die besonders hohe Zahl von Opfern in der Region durchaus. Das von der Kommission als „zentrale südliche Region“ bezeichnete Gebiet, das im wesentlichen das Departement Ayacucho sowie einige angrenzende Provinzen umfasste, hatte allein 42% aller Todesopfer (einschließlich der Verschwundenen) zu beklagen (CVR 2003, Bd. 1, Kap. 1.1: 17), während der Anteil dieser Region an der Gesamtbevölkerung lediglich zwei Prozent beträgt. Dies und die Tatsache, dass landesweit etwa drei Viertel aller Opfer der Minderheit der quechuasprachigen Bevölkerung angehörten, stellte die Kommission immer wieder deutlich und anklagend dar.

Wenn ihre Arbeit gleichwohl nicht auf breite Zustimmung in der Region stieß, hängt das auch mit einer Reihe struktureller Gründe zusammen. Eher vordergründig, gleichwohl nicht ohne Gewicht, ist hier das traditionelle Misstrauen und Abwehrverhalten der Provinzbevölkerung gegenüber allen Initiativen aus der Hauptstadt zu nennen. Auch die Wahrheitskommission wurde in Ayacucho, geschürt auch von in den letzten Jahren entstandenen militant regionalistischen Medien, oft weniger als Interessenvertretung der Opfer der Region denn als Einmischung in die eigenen Angelegenheiten betrachtet.¹⁵

Auch wenn man von solchen in Ayacucho verbreiteten Haltungen den Faktor provinziellen Ressentiments subtrahiert, bleibt genügend Substanz, um tiefe Diskrepanzen zwischen dem Selbstverständnis der Wahrheitskommission und ihrer Wahrnehmung durch große Teile der von der Gewalt hauptsächlich betroffenen Bevölkerung zu erklären. Aufschlussreich ist hier z.B. die Haltung der Vereinigung der Angehörigen von Verschwundenen (ANFASEP) in Ayacucho einerseits, von Vertretern ländlicher Gemeinden, die vom Krieg verwüstet wurden, andererseits.

ANFASEP (*Asociación Nacional de Familiares de Secuestrados, Detenidos y Desaparecidos del Perú*), 1983 auf dem Höhepunkt der ersten und brutalsten Welle der staatlichen Repression in Ayacucho gegründet, versammelte zeitweise bis zu

¹⁵ Miguel Rubio, langjähriges Mitglied der alternativen Theatergruppe *Ynyachkani*, beschreibt die ambivalenten Erfahrungen, die *Ynyachkani* in Ayacucho bei seinen Theateraktionen anlässlich der Präsentation des Berichts der CVR machte (Rubio 2004).

800 Angehörige (ganz überwiegend Frauen) von Verschwundenen. In Ayacucho wird deren Gesamtzahl mit 3850 beziffert, was etwa 45% aller Verschwundenen in Peru im Zeitraum von 1980 bis 2000 bedeutet. Begleitet von nationalen Menschenrechtsorganisationen und unterstützt vom lateinamerikanischen Dachverband der Organisationen von Angehörigen Verschwundener (FEDEFAM – *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos-Desaparecidos*), stellte die Organisation die Forderung nach Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen, in deren Verlauf sie so viel moralische Autorität gewann, dass sie auch während der schlimmsten Jahre öffentlich auftreten konnte.

Die Wahrheitskommission definiert in ihrem Bericht das gewaltsame „Verschwindenlassen“ von Personen, in Anlehnung an die Definition des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, aber anders als das bisher einzige spezifische internationale Abkommen dazu (die „Interamerikanische Konvention über das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen“), als Tat, die sowohl von staatlichen Funktionsträgern und von Privatpersonen in Zusammenarbeit mit ihnen, aber auch von (vom Staat unabhängigen bzw. subversiven) politischen Gruppen begangen werden kann (CVR 2003, Bd. 6, Kap. 1.2: 2). Gleichwohl analysiert ihr Bericht selbst dann ausschließlich die Praxis der willkürlichen, später meist geleugneten Festnahmen mit anschließendem Verschwindenlassen, wie sie von Polizei und Militär praktiziert wurden. Diese besonders traumatisierende Form staatlicher repressiver Gewalt war auch der Auslöser für die Entstehung von ANFASEP. Es ist kein Fall bekannt, dass sich in ANFASEP etwa Angehörige von Jugendlichen organisiert hätten, die vom Leuchtenden Pfad zwangsrekrutiert wurden und oft auch verschwunden blieben. Die öffentlichen Proteste von ANFASEP richteten sich gegen die Verantwortlichen des Verschwindenlassens im peruanischen Staat und übernahmen insofern die menschenrechtliche Logik, die in der staatlichen Autorität den obersten Garanten der Rechtsordnung sieht und diese Rolle von ihm einfordert, auch wenn er sie in so eklatanter Weise verletzt wie in den achtziger Jahren in Ayacucho. ANFASEP ist, so gesehen, ein Musterbeispiel für die Art von Zivilgesellschaft, wie sie die Wahrheitskommission postuliert. In ihrem Protest noch steckt bei Menschenrechtsgruppen wie ANFASEP ein Stück Glauben an das rechtsstaatliche Potential, das die Wahrheitskommission zu stärken sucht.

Völlig anders war die Reaktion der ayacuchanischen Bevölkerung auf die Verbrechen des Leuchtenden Pfads, die nach den Erhebungen der Wahrheitskommission 54% (bei Verbrechen gegen das Recht auf Leben) ausmachten. Auf lokaler Ebene gab es wohl gelegentlich die Möglichkeit von Verhandlungen, letztlich aber gab es keine Instanz beim Leuchtenden Pfad, an

die sich Petitionen, Proteste oder gar Rechtsansprüche hätten richten können. Der „Neue Staat“ war gegenüber der Bevölkerung ein ausschließlich repressiver. Auf die Dauer gab es nur die Alternative, sich ihm anzuschließen oder entgegenzustellen, also sich exakt in der Logik zu bewegen, mit der der Leuchtende Pfad die Bevölkerung konfrontierte. Beides geschah und führte zu einer tiefen Spaltung nicht nur zwischen „roten Zonen“ und solchen, die vom Militär kontrolliert wurden, sondern oft genug auch innerhalb der Dörfer. Im Ergebnis setzten sich in weiten Teilen des ländlichen Ayacucho die *Comités de autodefensa*, die (meist schlecht) bewaffneten dörflichen Selbstverteidigungskomitees durch, die letztlich entscheidend zur militärischen Niederlage des Leuchtenden Pfades beitrugen.¹⁶

Diese gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Leuchtenden Pfad fand in einem nahezu rechtsfreien Raum statt, bei dem auch die Selbstverteidigungskomitees schwere Menschenrechtsverletzungen begingen. Die *counter-rebellion*¹⁷ der Bauern folgte ihren eigenen Gesetzen, die größtenteils die des schmutzigen Krieges waren und allenfalls, soweit die Komitees in die traditionellen Dorfgemeinschaften eingebunden blieben, durch deren Regeln determiniert waren. Dazu gehörte z.B. auch, dass die Teilnahme an den Selbstverteidigungskomitees, hatte sich die Gemeinde, mit oder ohne Beteiligung der Militärs, einmal zu diesem Schritt entschieden, verbindlich war. Die Entstehung der Selbstverteidigungskomitees war nicht das einzige Merkmal, das die Auseinandersetzung der ländlichen Bevölkerung Ayacuchos mit dem Leuchtenden Pfad grundsätzlich von der Konfrontation mit dem Staat unterschied.

Zwar waren die einfachen Soldaten oft ebenfalls quechua-sprachige Bauernsöhne. Im Zusammentreffen mit der bäuerlichen Bevölkerung verschwand dieses Charakteristikum jedoch in der Regel hinter der anonymisierenden Uniform, dem Gebrauch von militärischen Codenamen und vor allem der Tatsache, dass die Soldaten aufgrund der zentralistischen Struktur der Armee nur selten und zufällig auf Bekannte und Verwandte in den von ihnen attackierten Dörfern trafen. Anders beim Leuchtenden Pfad, dessen Kämpfer meist aus der Region stammten, in der sie operierten. Das hing einerseits mit der Geschichte ihrer – freiwilligen oder erzwungenen – Rekrutierung zusammen, war andererseits ein bewusst eingesetzter Vorteil gegenüber den selten ortskundigen Militärs. Somit wussten die Dorfbewohner in der Regel, mit wem sie es zu tun hatten. Und auch wenn junge Menschen plötzlich „ver-

¹⁶ Nach einer Erhebung von 1994 nahmen etwa 55% der bäuerlichen Bevölkerung Ayacuchos an den Selbstverteidigungskomitees teil (IPAZ 2002: 17)

¹⁷ So Mario Fumerton (2003) in seiner umfassenden Studie dieser Bewegung.

schwanden“, gab es meist Kanäle, auf denen Information zu den Familien gelangte, ob ihr Angehöriger beim Leuchtenden Pfad war.¹⁸

So grausam häufig die „Strafaktionen“ des Leuchtenden Pfads gegenüber den Dörfern und insbesondere den gewählten Dorfvorstehern und anderen Funktionsträgern waren, und so sehr auch die Ideologie des *Sendero* die Treue gegenüber der Partei über die familiären und kommunalen Bande und Verpflichtungen stellten, so waren diese Bande und Loyalitäten doch nicht überall wirklich zerschnitten. Sie konnten nach beiden Seiten weiterhin Wirkung entfalten: Indem Taten von Angehörigen auf Seiten des *Sendero* unterstützt oder verschwiegen wurden, und indem umgekehrt Angehörige des Leuchtenden Pfads ihre Angehörigen warnten oder auf andere Weise schützten. Ähnliches galt später, als sich vielerorts die „Selbstverteidigungskomitees“ bildeten. In vielen Dörfern wechselten sich die Attacken und mehr oder weniger kurzfristigen Herrschaftsperioden der verschiedenen Seiten über die Dörfer mehrmals im Lauf der Jahre ab. Unbeteiligt und frei von Schuld konnten unter diesen Umständen nicht viele bleiben. So entstand ein höchst komplexes Gemenge von Schuld und Verdiensten inmitten einer über Jahre anhaltenden Situation, die von den Gemeindemitgliedern heute oft als „Zeit der großen Verwirrung“ beschrieben wird.

Diejenigen Dorfbewohner, die zum Leuchtenden Pfad gegangen waren, werden daher heute überwiegend als „Verführte“, als „Irrende“ bezeichnet, die auf den rechten Weg zurückgeführt werden müssen – und können. In vielen Gemeinden, besonders in solchen, wo im Verlauf der Jahre der Gewalt viele Menschen zu evangelikalen Gemeinschaften konvertierten, entstand ein Bewusstsein genereller kollektiver Schuld aller Gemeindemitglieder, das niemandem erlaubt, mit dem Finger auf andere zu zeigen: „Wir haben uns vergeben, weil wir fast alle diesem Irrtum (des Leuchtenden Pfads) verfallen waren, wir hatten niemand, der uns schützte, und niemand, dem wir die Schuld zuweisen können. Auf der Versammlung nahmen fast alle Mitglieder der Gemeinde teil, und wir vergaben uns alle gegenseitig.“¹⁹

¹⁸ Die bis heute zu hörende Behauptung, ein Teil der „Verschwundenen“ sei in Wirklichkeit nicht von Militär und Polizei festgenommen und ermordet worden, sondern zu den Aufständischen gegangen, ist unhaltbar. Da die Familien in aller Regel wussten, welche Seite für das Verschwinden verantwortlich war, gab es praktisch keine Fälle, in denen bei den Behörden oder den Menschenrechtsorganisationen das Verschwinden von Personen angezeigt wurde, die in Wirklichkeit – freiwillig oder unfreiwillig – beim Leuchtenden Pfad waren. Die Behörde des Ombudsmannes, die im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben intensiv nach dem Schicksal Verschwundener geforscht hat, konnte bisher erst in einem Fall ein positives Ergebnis melden: die Zusammenführung zweier Geschwister, die 18 Jahre zuvor als zehn- bzw. zwölfjährige von Militärs verschleppt worden waren (Defensoría del Pueblo 2004: 143)

¹⁹ Interview mit einem ehemaligen SL-Sympathisanten, im Februar 2001 in: Gamarra 2002: 33.

Vor allem in den zahlreichen Dörfern, die mehrmals von den verschiedenen feindlichen Parteien angegriffen und niedergebrannt wurden, wo viele Gemeindeangehörige von der Hand aller Parteien starben oder vertrieben wurden, zerflossen auch die Grenzen zwischen Tätern und Opfern. In vielen Familien, und bisweilen in einer Person, gab es beides. Und selbst wenn seitens der *senderistas* unvorstellbare Grausamkeiten geschahen, die eventuell auch grausam beantwortet wurden, so überwog im Rückblick doch die Einsicht, dass „es unsere Nachbarn waren. Mein Gott, wir haben gesehen, wozu unsere Nachbarn fähig waren.“²⁰ Nachbarn waren keine Bestien, wie die Medien das aus der Ferne zu vermitteln suchten, sie waren Menschen: „Auch sie sind Menschen und keine Tiere. Sie waren Analphabeten und konnten leicht betrogen werden, und so brachten sie die Bauern aus den Gemeinden um...“ erklärte ein Dorfbewohner, dessen Vater von Mitgliedern des Leuchtenden Pfads getötet worden war (Gamarra 2002: 30). Unvollkommene Menschen allerdings, weil sie sich aus der Gemeinde ausgeschlossen und ihre Normen missachtet hatten. Um wieder zu vollwertigen Gemeindemitgliedern (und in diesem Sinn vollwertigen Menschen) zu werden, mussten sich die ehemaligen *senderistas* einem Ritual von Reue und Erneuerung unterziehen.²¹ Häufig gehört dazu auch die Übernahme besonders schwerer gemeinschaftlicher Arbeiten im Dorf, oder auch die Teilnahme an den Selbstverteidigungskomitees, was außerdem die Kontrolle über sie erleichterte. Damit jedoch wurden sie als vollwertige Gemeindemitglieder aufgenommen und konnten sogar wieder Leitungspositionen ausüben.²² Falls sie von der staatlichen Justiz gesucht wurden, versuchte die Gemeinde sie in einigen Fällen sogar zu beschützen. Außerdem ist es nach Abschluss der rituellen Wiederaufnahme den übrigen Gemeindemitgliedern nicht gestattet, über die früheren Taten der Zurückgekehrten zu sprechen bzw. ihnen Vorwürfe zu machen.

Diese Option vieler Dorfgemeinden im ehemaligen Zentrum der politischen Gewalt in Ayacucho hat mehrere Gründe:

1. Wie die genannten Beispiele zeigen, sehen sich die Dorfgemeinden in erster Linie als ganze Opfer der Gewalt von verschiedenen Seiten. Der Schaden für die Gemeinde – die materiellen Zerstörungen, der Verlust vieler Menschen durch Tod und Vertreibung, die Rückstände in den notwendigen Gemeinschaftsarbeiten usw. – wird höher bewertet als

²⁰ Interview in einer Gemeinde der Provinz Huanta, 2000, in: Theidon 2003: 113.

²¹ Ausführlich dazu und zur anthropologischen Analyse dieser Rituale Theidon 2003 und 2004.

²² In einigen Fällen, die dem Autor in Ayacucho berichtet wurden, wuchs allerdings der Einfluss der ehemaligen Mitglieder des Leuchtenden Pfads in den Selbstverteidigungskomitees so stark an, dass die Angst vor ihnen erneut aufkeimte.

das individuelle Leid, das die einzelnen Gemeindemitglieder erfahren haben. Dementsprechend ist auch die Reparation, die die Gemeinde selbst von den reuigen Tätern erwartet, eine ausschließlich kollektive. Individuelle Ansprüche sollen ausdrücklich ausgeschlossen werden (Gamarra 2002: 31f.), da hierdurch eine Kette von Ansprüchen in Gang käme, deren Ende nicht zu kontrollieren wäre. Das Geflecht potentieller Ansprüche der jeweiligen Opfer kompliziert sich noch durch die Rückkehr zahlreicher Flüchtlinge, deren moralische, rechtliche und ökonomische Situation gegenüber den zurückgebliebenen Gemeindegliedern zwiespältig ist.²³

2. Ehemalige Angehörige des Leuchtenden Pfads und der Selbstverteidigungskomitees, rückkehrende Flüchtlinge und Überlebende in den Dörfern teilen eine gemeinsame Erfahrung: sie fühlten sich vor, während und großenteils auch nach dem Krieg vom Staat verlassen. Sie geben der Notwendigkeit, ihre kommunitären Strukturen wieder zu stärken und als Dorfgemeinschaft zusammenzuhalten, oberste Priorität. Die Rolle der traditionellen Dorfältesten wurde zum Teil wieder hergestellt (das betraf besonders die Selbstverteidigungskomitees, die während des Krieges eine Art Gegenmacht gebildet hatten).²⁴ Als entscheidend wird daher oft nicht bewertet, was jemand im Krieg getan hat, sondern wie er sich heute verhält. Das Bestreben der Gemeinden, Autonomie und Stärke gegenüber dem Staat zu behaupten bzw. wiederzugewinnen, ist offenbar größer als das Streben nach Strafe und Gerechtigkeit in ihrem Innern. Dahinter steht die Erfahrung, dass auch heute der Staat bemerkenswert wenig tut, um die sozialen Probleme, die eine der Wurzeln des Bürgerkriegs bildeten, zu beheben.

Dass auch Verbrechen wie Mord straffrei bleiben, gehört in der andinen Bevölkerung zu den jahrhundertlangen Erfahrungen seit der Kolonialzeit. Die Macht der Grundbesitzer und der ihnen hörigen Verwaltungsbeamten schloss die Macht über Leben und Tod der *campesinos* ein. Und wie viele Analytiker zu

²³ Dies kann hier nicht ausgeführt werden. Siehe u.a. Coronel 1999; Gamarra 1999; Huhle 1997.

²⁴ Das Verhältnis der Selbstverteidigungskomitees zu den traditionellen Leitungsstrukturen der Dorfgemeinden hat sich in den einzelnen Gemeinden durchaus unterschiedlich entwickelt und ist insgesamt ein komplizierter und noch nicht endgültig abgeschlossener Prozess. Insgesamt ist in jedem Fall bemerkenswert, dass es, anders als etwa in Kolumbien, nicht zu einer Paramilitarisierung dieser „Konterrebellens“ kam (Manrique 2003: 87). Nach Coronel (2003: 93) erwiesen sich nach Ende des Krieges diejenigen Selbstverteidigungskomitees als die stabilsten, die am stärksten aus der Eigeninitiative der Dorfgemeinden entstanden waren, während diejenigen, die sich stärker unter dem Druck der Militärs gebildet hatten, sich rasch wieder auflösten. Die weiter bestehenden Komitees hätten ihre Aktivitäten aber rasch auf einfache Patrouillendienste zurückgeschraubt.

Recht herausgestellt haben, trat der Leuchtende Pfad in vieler Hinsicht in seinem Verhalten gegenüber den Bauern in die Fußstapfen der alten ländlichen Machtelite. Sein Verhalten, so schrecklich es war, war offenbar für die *comuneros* nicht so unerträglich, dass ein Zusammenleben mit den „reuigen“ *senderistas* unmöglich schien. In vielen Gemeinden jedenfalls überwog klar der Wille, gemeinsam in ein „normales“ Leben zurückzukehren, selbst gegenüber den Strafansprüchen des Staates.

Wenn sie befragt wurden, waren die Vertreter der Gemeinden auch durchaus in der Lage, diese Positionen zu artikulieren. In einer bemerkenswerten qualitativen Studie, die während der Amtszeit der Wahrheitskommission in vier entlegenen Gemeinden des an Ayacucho angrenzenden, und in ähnlich schwerer Weise betroffenen Departements Huancavelica durchgeführt wurde (Consejería en Proyectos 2003), wurde deutlich, dass sich die Interpretation der grundlegenden Werte wie Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung, die der Arbeit der CVR zugrunde liegen, in der bäuerlichen Bevölkerung vom Diskurs der CVR teilweise beträchtlich unterscheidet. Ihre Begriffe dieser Werte sind generell nicht nur stärker gemeinschaftlich definiert, sondern auch prozesshafter und ergebnisorientierter, direkter auf die bestmögliche Förderung des moralischen und materiellen Wohls der Gemeinde bezogen. „Die Kommission sollte den Versöhnungsprozess in den Gemeinden von der Versöhnung mit der Regierung unterscheiden“, kommentierte ein Teilnehmer (Consejería en Proyectos 2003: 130).

Ungleichzeitigkeiten

Nicht nur die politische und moralische Bewertung des Konflikts führt die Angehörigen der Dorfgemeinden zu anderen Interpretationen und Schlussfolgerungen. Auch der zeitliche Horizont, in dem die andinen Gemeinden die politische Gewalt erlebten und interpretieren, lässt sich nicht auf die der CVR vorgegebene Spanne von zwei Jahrzehnten einschränken. Das hat, wie erwähnt, auch die Kommission gesehen, doch es handelt sich nicht nur um einen quantitativen Unterschied.

Als die Kommission 2001 ihre Arbeit begann, Mitarbeiter in die Dörfer schickte, um Daten über die Gewalt zu erheben und unter erheblichem Aufwand öffentliche Anhörungen u.a. in Huamanga (Ayacucho), Huanta (Ayacucho), Huancayo (Junín), Huancavelica und Abancay (Apuímac) veranstaltete, entstand der Eindruck, als begänne nun endlich der Rückblick auf die 20 Jahre extremer politischer Gewalt in Peru, die Aufarbeitung einer Epoche, die eben zu Ende gegangen war. Dies war auch die Sicht der von Medien und Politik konstituierten politischen Öffentlichkeit. Die Kommission formulierte,

dies war ihr Auftrag, Empfehlungen für die Versöhnung. Sie tat das in Form von theoretisch wohlfundierten Begründungen der Prinzipien, auf denen die Versöhnung stattfinden könnte und müsste und sprach die Erwartung aus, dass Staat und Gesellschaft konkrete Aktionen entwickeln würden, ihr Konzept von Versöhnung umzusetzen (Comisión de Entrega 2004: 412). Implizit schwingt in all diesen Empfehlungen mit, dass dieser Prozess der Versöhnung mit seinen drei Dimensionen des Politischen, Gesellschaftlichen und Persönlichen, der zu dem anvisierten neuen Sozialvertrag führen würde, mit dem Bericht der Kommission in Gang gesetzt würde.

In den Dorfgemeinden stieß dieser Ansatz auf Misstrauen, Unverständnis und teilweise entschiedene Ablehnung. Er übersieht, dass die Gemeinden nicht zehn bis zwanzig Jahre auf die Empfehlungen der Wahrheitskommission warten konnten, um ihren Versöhnungsprozess zu beginnen, den sie ja untrennbar mit ihrem Prozess des Wiederaufbaus verknüpften. Die amtliche Festlegung des von der Kommission zu untersuchenden Zeitraums, die von zwei politischen Daten bestimmt wurde (dem Beginn des bewaffneten Kampfs seitens des Leuchtenden Pfads, der mit dem Beginn der Regierung Belaúnde zusammenfiel, und dem Ende der Regierung Fujimori), verstellte den Blick auf die tatsächliche Dynamik der Ereignisse in Ayacucho und den Zentren der politischen Gewalt, und erst recht auf die Interpretation dieser Ereignisse durch die Bevölkerung.

Im größten Teil der von der Gewalt am stärksten betroffenen Region (zentrale Süd-Region in der Klassifikation der CVR), fiel die Zahl der Toten und Verschwundenen bereits zu Beginn der neunziger Jahre signifikant ab (vgl. CVR 1993, Bd. 1, Kap. 1: 29). In einigen Gebieten der Region hatten die Selbstverteidigungskomitees sogar bereits seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre den Leuchtenden Pfad verdrängt. Spätestens aber ab 1992 war dessen Herrschaft in Ayacucho jedenfalls soweit beendet, dass sich die Gemeinden an den Wiederaufbau machten und ein Prozess der Rückkehr von Flüchtlingen in Gang kam. Diese Entwicklung kontrastiert mit der in Lima, wo die Aktionen des *Sendero* gerade in diesen Jahren ihren Höhepunkt erreichten (vgl. ebd.) und viele Beobachter sogar einen Sieg des Leuchtenden Pfads nicht ausschlossen. Dessen Vertreibung aus Ayacucho führte auch in einigen anderen Landesteilen wie im Norden, wo er bisher nur geringe Aktivitäten entfaltet hatte, zu einer relativen Zunahme von Aktionen.

In den Dörfern Ayacuchos standen die Bewohner also seit mindestens zehn Jahren vor der Frage, wie sie mit der Last und der Schuld des Krieges umgehen sollten. Sie hatten ihre Antworten entwickelt, so gut es ihnen möglich war unter den Bedingungen eines weiterhin autoritären Staates, der Präsenz neuer Akteure wie der Selbstverteidigungskomitees, den materiellen

Zerstörungen, den enormen Migrationsbewegungen, den gestörten Produktions- und Handelsbeziehungen und vielen weiteren Schwierigkeiten, darunter nicht zuletzt der Unsicherheit, ob der Konflikt definitiv beendet sei. Es wurden unterschiedliche und überall unvollkommene Wege beschritten, aber es waren die selbst gefundenen Formen, zumindest ein Stück der eigenen Selbstständigkeit und Überlebensfähigkeit wieder herzustellen. In den Interviews mit Bauern in Huancavelica wurde die Furcht geäußert, dass die nachträgliche Intervention der Vertreter der CVR diese Prozesse stören und den bereits erreichten Zustand eines zumindest prekären Friedens gefährden könnte (Consejería en Proyectos 2003: 54 und mehrfach).

Aber nicht nur das Ende der Periode der Gewalt sieht aus der Perspektive der Dorfgemeinden anders aus als im Dekret der Wahrheitskommission. Die Erinnerung der *comuneros* macht auch deren Beginn an den unterschiedlichsten Ereignissen fest. Das soziale Gedächtnis der andinen Gemeinschaften ist in vieler Hinsicht anders strukturiert als das der nationalen (kreolischen) Gesellschaft. Getragen nach wie vor von überwiegend oraler Tradition, geprägt von christlichen wie altandinen Interpretationsmustern, stark gebunden nicht nur an zeitliche, sondern auch naturräumliche Gliederungen, und ausgestattet mit einem bemerkenswert tief reichenden zeitlichen Horizont, evoziert es Zusammenhänge, die den okzidental geprägten Beobachter oft genug befremden.

Die Bewohner der Gemeinde Santa María Magdalena de Pacccha in der Nähe von Ayacucho, die während des Krieges mit dem Leuchtenden Pfad mehrmals Opfer grausamer Massaker von beiden Seiten waren, definieren den Beginn der Periode der Gewalt nicht mit dem ersten blutigen Überfall des *Sendero* im Mai 1982, sondern setzen ihn ein Jahr früher an, als ein Erdbeben die historische Kirche des Ortes zerstörte. Und bis die Kirche nicht wieder aufgebaut werden kann, ist für sie die Zeit der Gewalt nicht beendet (Fuller 2004: 241). Generell interpretieren die Dorfgemeinden die Jahre der politischen Gewalt im großen Zusammenhang der Jahrhunderte dauernden Unterdrückung und Ausbeutung.

„Der bewaffnete innere Konflikt, den Peru erlitt, begann mit der Entscheidung des PCP-SL [des „Leuchtenden Pfads“], dem peruanischen Staat den Krieg zu erklären.“ (Comisión de entrega 2004: 62) Eine so schlichte Kausalkette wie sie hier die CVR für den Beginn der Epoche politischer Gewalt, die ihr Mandat umfasst, formuliert, ist aus Sicht der andinen Bevölkerung schlecht denkbar. Sie sehen ihre Geschichte eher als permanente Folge von äußerer Aggression, gegen die sie sich immer zu verteidigen hatten. Von den inkaischen Eroberern über die spanischen Konquistadoren, die sich als Großgrundbesitzer festsetzten und die Bauern über Jahrhunderte in einem

Kampf um Land und Ressourcen zwangen, bis hin zu den chilenischen Truppen des Pazifikkriegs, deren Wege die Bauern in den entsprechenden Gegenden noch genau zu zeigen wissen,²⁵ bis hin zur Agrarreform unter General Velasco, die den Dorfgemeinden weiterhin das geforderte Gemeindeland vorenthielt – die Geschichte erscheint aus der Sicht der andinen Dorfgemeinden wie eine einzige Verschwörung gegen ihr kommunales Wohlergehen, gegen die nur ein Mittel hilft: die soziale Kohäsion der Gemeinde und die Wahrung ihrer Autonomie gegen alle Eingriffe von außen. Bestärkt wird diese Sicht durch ihr Spiegelbild im Gedächtnis der dominierenden Gesellschaftsschichten, für die die Geschichte Perus ein Prozess der Zivilisierung oder der notwendigen Unterdrückung barbarischer Indios ist: „In den Bergen hat immer Gewalt geherrscht, seit den Zeiten der Inkas und Spanier. Menschen verstümmeln, ständige Kämpfe, das ist die Natur der Dinge. Wie können wir Frieden haben mit diesen Indios?“²⁶ Der andere Aggressor, der Leuchtende Pfad, zeichnete sich ohnehin durch ein mystifiziertes millenaristisches Bild von Geschichte aus, deren Strom wesentlich aus Blut besteht.

Individuum, Gemeinde, Nation – gibt es einen „dorfgemeinschaftlichen Weg der Vergangenheitsbewältigung“?

Die Grenze zwischen dem Innern, dem Eigenen der Gemeinde und der tendenziell feindseligen äußeren Welt wurde und wird in den Dorfgemeinden flexibel gesehen. Je größer der Druck, desto enger der Raum, der vertraut und vertrauenswürdig bleibt. Die traditionellen andinen Dorfgemeinschaften waren zwar immer auf ihre Autonomie bedacht, pflegten aber keineswegs einen Isolationismus. Die traditionellen Produktionsbedingungen in den Anden erforderten vielmehr schon immer Austausch mit anderen, oft weit entfernt gelegenen Gemeinden. Seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts waren die Dörfer teilweise auch mit fortschreitender Infrastruktur an regionale und nationale kommerzielle Handelsnetze herangerückt, und spätestens mit der Auflösung der Großgrundbesitze unter der Militärregierung von 1968 und der offiziellen Anerkennung der Dorfgemeinschaften (als *comunidades campesinas*

²⁵ Wie u.a. Florencia Mallon eindrucksvoll aufweist (Mallon 1995: 176ff); auch in den dörflichen Theaterspielen, die einen großen Teil des historischen kollektiven Gedächtnisses der Gemeinden tradieren, ist der Krieg mit Chile und besonders die Figur des Anführers der antichilenischen Guerrilla, General Cáceres, noch lebendig und steht im Kontext der Erinnerung an andere Episoden politischer Gewalt, vom Aufstand von Túpac Amaru bis hin zu *Sendero Luminoso*, vgl. Vilcapompa 1999. Auch die Gruppe *Yuyachkani* (s. Fußnote 15) schlägt in ihrem neuesten Stück „Ohne Titel“ einen großen Bogen von der Gewalterfahrung des Kriegs gegen Chile zum Bürgerkrieg der achtziger und neunziger Jahre.

²⁶ Comandante Vásquez, Militärbasis Castropampa, am 31. März 2000, zit. bei Theidon 2001: 540.

nas) war die ländliche Bevölkerung auch vom Staat in gewissem Umfang als Bürger wahrgenommen worden und hatte auch begonnen, sich selbst aktiv um mehr Partizipation zu bemühen (Del Pino 2004).

Der Leuchtende Pfad zerstörte bewusst die politischen und ökonomischen Netze, die die Dörfer untereinander und mit den Kleinzentren der Region verbanden. Die Kriegsfolgen als solche taten ein Übriges, um die Gemeinden wieder auf sich selbst zurückzuwerfen. Zwar gab es auch gegenläufige Entwicklungen,²⁷ etwa durch die Selbstverteidigungskomitees, die eigene Netze untereinander und mit den Militärbehörden bildeten, durch die Rückkehr von Flüchtlingen, die ihre Verbindungen in die Städte weiter aufrecht erhalten, und auch durch, wenn auch begrenzte, Anstrengungen staatlicher Hilfs- und Entwicklungsprogramme in einigen Gegenden der betroffenen Region; im Ergebnis jedoch scheint die überwiegende Reaktion in den Dorfgemeinschaften gewesen zu sein, alle Kraft auf den Wiederaufbau der eigenen Gemeinde zu konzentrieren, im materiellen, vor allem aber auch im ideellen Sinn, also dem Zusammenhalt der einzelnen Dörfer durch gemeinschaftliche Arbeiten, durch (Wieder-)anerkennung von Verhaltensnormen und Stärkung der kommunitären Selbstverwaltung Priorität zu geben.

Im Rückblick auf die Zeit vor dem Beginn des Krieges des *Sendero* verblassen die internen Konflikte in den Gemeinden, erscheint die *comunidad* als Ort der produktiven Harmonie. Diese Vision erlaubt auch, *Sendero Luminoso* in die Reihe externer feindlicher Kräfte zu stellen. Schon Anfang der neunziger Jahre hatte die Anthropologin Billie Jean Isbell in einer wegweisenden Studie über die Beziehungen der bäuerlichen Bevölkerung zum Leuchtenden Pfad festgestellt, dass sie zwar dessen ersten Gewaltaktionen als Akte ausgleichender Gerechtigkeit akzeptierten, dann aber, als die Gewalt ihre Vorstellungen überstieg, zu der Vermutung flüchteten, die *senderistas* seien Fremde (Isbell 1992: 69f). Ähnliches widerfuhr ein Jahrzehnt später Isbells nordamerikanischer Kollegin Kimberly Theidon, die bei ihren Feldforschungen²⁸ erfuhr, dass „die *Senderistas gringos* [waren], sie kamen aus andern Ländern, [...] sie waren groß wie Du, sie hatten auch grüne Augen...“ (Theidon 2001: 548).

Dass solche Bilder neben der ebenfalls immer wieder geäußerten Einsicht stehen, dass die Mitglieder des Leuchtenden Pfads Nachbarn und Verwandte waren, dass die Menschen gesehen haben, „wozu unsere Nachbarn fähig waren“ (s.o.), ist nur vordergründig ein Widerspruch. Der eigentümliche Prozess der Wiederaufnahme reuiger *senderistas* muss auch als Versuch verstanden werden, aus Fremden, die sie ganz überwiegend nicht waren, die sie

²⁷ Näher dazu: Degregori et al. 1998.

²⁸ Ausführlich dazu jetzt: Theidon 2004.

aber durch ihr Verhalten wurden, wieder Mitglieder der eigenen Gemeinschaft zu machen und damit die unvorstellbaren Gewaltakte zu entmystifizieren. Wo das gelingt, ist es ein Akt, der große Kraft kostet, Kraft und Überwindung,²⁹ die in den Augen der Gemeinde nur eine Rechtfertigung hat: die Stärkung der Gemeinschaft selbst. Diese neu erstehende Gemeinde ist nicht mehr die alte. Insbesondere die neue herausragende Rolle der in den Selbstverteidigungskomitees den Ton angehenden jungen Generation hat die traditionellen hierarchischen Strukturen erheblich in Frage gestellt. Wenn dennoch die Einheit der Dorfgemeinde so hohen Wert erhält, dass andere Orientierungsmuster für einen Wiederaufbau (die Selbstverteidigungskomitees selbst, die politischen Parteien, regionale Strukturen, Verbände etc.) zurücktreten, wenn sogar die erbitterten Feinde aus den zurückliegenden Jahren dafür zur Versöhnung gebracht werden, dann beweist sich, dass trotz des dramatischen sozialen Wandels im und nach dem Krieg diese Grundeinheit der sozialen Organisation in den ländlichen Gebieten der Anden nach wie vor vital ist. Die Verklärung des Zustands der Dorfgemeinden vor dem Krieg wird auf diesem Hintergrund funktional für die Neukonstituierung der gemeindlichen Strukturen nach seinem Ende:

„Nicht warum es geschah, ist wichtig für uns. Was Bedeutung für uns hat, ist dass wir zwischen 1982 und 1994 Schmerzen, Blut und Tränen erlebt haben. [...] Wir wollen die Traurigkeit vergessen, aus der unsere Zwietracht geboren wurde. Jetzt muss ein neues Leben beginnen, ein Leben für das Wohl und das Vorankommen unseres Dorfes. Es darf kein Nachtragen voller Ressentiments geben, sondern wir wollen Einheit, Einigkeit und Verständnis. [Die Versöhnung bedeutet,] die Momente der Traurigkeit zu vergessen, in denen wir als Dorf vielleicht gespalten waren... Wir können uns nicht die ganze Zeit schlecht ansehen; [wir müssen] uns verständigen, einigen, verbrüdern mit einem einzigen Ziel um des Wohls unseres Dorfes willen und nicht zuletzt um unserer Jugend willen.“³⁰

²⁹ Die Ausgrenzung der *Senderistas* aus der Gemeinschaft der Menschen in den Dörfern (*runakuna*) war zeitweise, unter Rekurs auf alte Modelle der andinen Mythologie, sehr weit gegangen. Del Pino (1996: 160) zitiert die einen Präsidenten eines Selbstverteidigungskomitees: „Das sind *condenados* [Untote], schlimmer als Teufel. [...] Die *Senderistas* essen Menschenfleisch, die Leber, sie trinken Blut...“ Ähnliches berichtet Isbell (1992: 74ff), die auch bereits die während des Krieges häufig zu hörende Gleichsetzung der *Senderistas* mit dem *pistaco* erwähnt, jener Gestalt eines meist weißen Fremden, der den Einheimischen das Körperfett raubt. Der gleiche Verdacht fiel allerdings häufig auch auf die Militärs (Huhle 1990: 118ff).

³⁰ Das Zitat und die weiteren Informationen zu Sacsamarca in: Guillerot 2004.

Mit diesen Worten brachte der Bürgermeister der Gemeinde Sacsamarca in der Provinz Huancasancos im Süden des Departements Ayacucho in einer Ansprache auf den Begriff, was die Einwohner am 21. Mai 2004 zu einer viertägigen festlichen Gedenkfeier veranlasste. 21 Jahre zuvor war das Dorf von einer Gruppe von Senderistas überfallen worden, wobei 15 Einwohner getötet wurden. Im Laufe der unausbleiblichen weiteren Angriffe der beiden kämpfenden Parteien waren insgesamt 110 Menschen aus dem Dorf ums Leben gebracht worden.

Dass in der Haltung der *comuneros* von Sacsamarca ein starker Wunsch nach Verdrängung der Schrecken der Vergangenheit steckt, ist offensichtlich. Den Vertretern der staatlichen Institutionen übergaben sie eine Liste, auf der die Opfer des Leuchtenden Pfads, der Selbstverteidigungskomitees und der Armee nebeneinander standen – eine Täterliste gab es nicht. Der Wunsch nach Vergessen wird auch in anderen Gemeinden immer wieder artikuliert. Er ist nicht gleichbedeutend mit dem Wunsch nach Amnesie der Opfer, wie er sich in den Amnestien der Täter in den Diktaturen Chiles und Argentiniens, und 1995 auch der peruanischen Militärs, für ihre Verbrechen manifestierte. Das Vergessen und Beschweigen des Geschehenen ist für die *campesinos* in den Dorfgemeinschaften eines, in dem sich Täter und Opfer – zumindest dem Anschein nach, letztlich wird diese Frage eines Tages empirisch zu entscheiden sein – begegnen, in dem die Opfer nicht ihren Schmerz, aber dessen Ursache zu vergessen suchen, und die Täter versprechen, zu „vergessen, dass sie zu töten gelernt hatten“, wie es in einer bemerkenswerten Formulierung bei einer der rituellen Befragungen vor der Wiederaufnahme ehemaliger *senderistas* in die Gemeinde genannt wurde (Theidon 2003: 126).

Verständlich wird diese Haltung aus der Überzeugung der überlebenden Gemeindemitglieder, dass ihre einzige Zukunftschance ist, einen gemeinsamen Neuanfang zu unternehmen. Die neuere Forschung zu sozialen Erinnerungsprozessen hat immer wieder betont, dass der Blick, den eine Gesellschaft auf ihre Vergangenheit wirft, von ihren gegenwärtigen Interessen geprägt wird und zugleich ihre künftige Entwicklung bestimmt. Die Vergangenheit ist nicht veränderbar, aber interpretierbar³¹ und damit für unsere Zwecke eben doch auch gestaltbar. Die andinen Dorfgemeinden schaffen sich die Vergangenheit, die sie für die von ihnen erhoffte Zukunft brauchen, und zugleich beziehen sie aus der so geformten Erinnerung an die Vergangenheit auch das Bild dieser Zukunft. Dass Konflikte nicht mit Hilfe äußerer Instanzen, sondern nur durch die gemeinsam mobilisierte Kraft der Gemeinde selbst bewältigt werden können, gehört zu den Grundüberzeugungen dieses Selbstverständnisses.

³¹ Ausführlich dazu Vázquez 2001.

Welchen Preis diese Anstrengungen haben werden, ob die Menschen in den Dorfgemeinden tatsächlich „vergessen“ können, ob das Vergebene auch vergeben bleibt, wenn sich neue oder alte innergemeindliche Konflikte zuspitzen, lässt sich noch nicht beurteilen. Dass es auch in den andinen Gemeinden individuelle traumatische Verletzungen durch die extreme Gewalt seit den achtziger Jahren gegeben hat, liegt auf der Hand und ist durch eine zwar vergleichsweise geringe, aber doch ausreichende Zahl von Untersuchungen belegt (Pedersen 2001). Die Gemeinden im Wiederaufbau sind auch kein herrschaftsfreier Raum. Dennoch kommt ihr kleinräumiger Versuch einer Aussöhnung dem weit näher als bisherige Prozesse „nationaler Versöhnung“, was Martha Minow (Minow 1998: 18) als eine der Voraussetzungen für Versöhnung nennt: „Die Hoffnung, dass der Prozess der Vergebung an sich den Übeltäter verändern kann, beinhaltet ein Rollenspiel, das vom Vergebenden ebenso wie von dem geteilt werden muss, dem vergeben wird.“ Möglicherweise haben zumindest einige der Dorfgemeinden Ayacucho sich auf ein Skript für dieses Rollenspiel geeinigt. Sacsamarca sei „ein Dorf, das irren und ein Dorf, das verzeihen kann“, erklärte einer der Aktivisten der Versöhnungsbewegung (Guillerot 2004).

Auf der nationalen Ebene ist man davon, allen Appellen der Wahrheitskommission zum Trotz, noch weit entfernt. Die Militärs und die verantwortlichen Politiker haben über viele Jahre, vor allem seit dem Putsch Fujimoris 1992, mit allen Mitteln – nicht zuletzt über massive Eingriffe in die Pressefreiheit unter Fujimori – versucht, ihre Sicht des schmutzigen Krieges dem Land aufzuzwingen (Burt 1998, Degregori 2000: Kap. II und III). Trotz ihrer deutlich geschwächten Position seit dem Ende des Fujimori-Regimes, bei dem auch ihre massive Verwicklung in dessen von Korruption und Gewalt geprägtes Herrschaftssystem sichtbar wurde, ist bis heute wenig Bereitschaft bei den Militärs sichtbar geworden, ihren Teil der Schuld an den Grausamkeiten des Kriegs gegen *Sendero Luminoso* anzunehmen.³² Und bei den verbliebe-

³² Ein exemplarischer Fall: Eines der schrecklichsten Massaker des Krieges beging die Armee im August 1985 in dem Dorf Accomarca (Ayacucho). Der Fall, bei dem mindestens 62 Menschen, darunter 26 Kinder, in einem Gebäude zusammengetrieben und dort verbrannt wurden, gehört zu den 73 einzelnen Ereignissen, denen der Bericht der CVR ein eigenes Kapitel widmet (CVR 2003: Bd. 7, Kap. 2.15: 102-112). Der für die Aktion verantwortliche Offizier Telmo Hurtado wurde Jahre später lediglich formell von der Militärjustiz bestraft, aber nie aus der Armee entfernt. Im Gegenteil, er war weiter im aktiven Dienst, wurde insgesamt viermal ausgezeichnet (1989, 1992, 1994 und 1996) sowie vom Unterleutnant bis zum Major, also dreimal, befördert, ehe er 1999 die Armee verließ, um sich dem Handel mit Kunsthandwerk zu widmen und als privater Sicherheitsberater zu arbeiten. Das Verbrechen von Accomarca ist einer der 47 Einzelkomplexe, die die CVR den Justizbehörden mit der Empfehlung übergab, Verfahren zu eröffnen. Einer Vorladung der CVR und dem drohenden Gerichtsverfahren entzog sich Hurtado, indem er 2002 mit Kenntnis der Behörden, aber ohne Wissen der CVR nach Kolumbien ausreiste und sich später in den USA niederließ (La República, 5. 10. 04). Über einen Beauftragten in Peru bezieht

nen organisierten Resten der „Kommunistischen Partei Perus – Leuchtender Pfad“ rechtfertigt man ebenfalls bis heute selbst die schlimmsten Massaker wie jenes von Lucanamarca, einem Ort ganz in der Nähe von Sacsamarca, in dem der *Sendero* im April 1983 in einer Racheaktion 69 Bauern umbrachte.³³

Der skizzierte „dortgemeinschaftliche Weg der Vergangenheitsbewältigung“ ist kein einheitlicher, und er ist in seiner Reichweite begrenzt: er ist ein Weg, den viele Dörfer ohne Hilfestellung von außen aus sich heraus und für sich entwickelt haben. Er bezieht sich auf die Mitglieder der Gemeinde, die „verlorenen Söhne“ eingeschlossen. In keinem der mir bekannten Beispiele finden sich Aussagen darüber, wie bzw. ob sich die Gemeinden einen Prozess der Versöhnung mit den außergemeindlichen Akteuren, also insbesondere mit den staatlichen Streitkräften vorstellen. Deren Akteure bleiben bis heute offenbar namenlos und fremd. Ihre Verfolgung scheint den organisierten Dorfgemeinden keine Priorität, die in Jahrhunderten der Unterdrückung gelernt haben, dass gegenüber dieser Art von Gewalt Passivität und Schweigen, ein anderes Schweigen als das selbst auferlegte gegenüber den „reumütigen“ ehemaligen *senderistas*, die aussichtsreichste Form der Begegnung ist. Die offensive Ausein-

der Major der Reserve noch immer seine Pension von der Armee. Wie die CVR in ihrem Bericht festhält, gab es offensichtlich eine Absprache zwischen Hurtado und seinen Vorgesetzten, wonach er das Verbrechen gestehen sollte, eine geringe Strafe ohne Folgen akzeptierte, und im Gegenzug keine belastenden Aussagen gegen andere Militärs machte. Diese Verschwörung des Schweigens und der Straflosigkeit hält bis heute an, obwohl die Aussagen Hurtados, in denen er den Massenmord nicht nur bis in die Details gesteht, sondern auch rechtfertigt, seit vielen Jahren bekannt sind.

³³ Auch dieses Massaker gehört zu den Fällen, die die CVR im Einzelnen dokumentierte (CVR 2003: Bd. 7, Kap. 2.6: 37-43. In einem „Aufruf“ einer vom *Sendero* getragenen „II. Nationalen Konvention von Organisationen und Betroffenen für die Aufdeckung der authentischen Wahrheit aus der Zeit des internen Krieges“ vom Dezember 2002, die von einem *Movimiento Popular Perú – Alemania* ins Deutsche übersetzt wurde, heißt es dazu:

„Was die Aktion von Lucanamarca vom April 1993 angeht, so wurde diese vom Zentralkomitee der PCP geplant und verfolgte das Ziel, den massenhaften Völkermord zu bremsen, den die Armee unter Einsatz paramilitärischer Horden beging, um die Bauernmassen unter Druck zu setzen und sie gegeneinander und gegen den Volkskrieg zu hetzen. Wie bereits bei der Beurteilung dieser Aktion festgestellt wurde, war dabei der Hauptaspekt, dass sie ihr Ziel erreichte. Sie war ein empfindlicher Schlag, mit dem wir [sic] den Völkermord aufhielten, wie auch der erwähnte Bericht [der heftig kritisierten Wahrheitskommission] zugibt: ‚Von da an nahm die Gewalt in Huancasancos, Sacsamarca und Lucanamarca schlagartig ab.‘“ <http://mitglied.lycos.de/volksbewegung/Texte/Verschundene/Wahrheitskommission.html> (02.07.2004);

Wenn es ins Konzept passt, stellt sich der Leuchtende Pfad aber auch hinter die Kommission und nimmt gerne in Anspruch, dass diese bei aller Verurteilung seiner Taten deren politischen Kontext nicht leugnet. s. „Nieder mit der reaktionären Hetzkampagne!“, <http://mitglied.lycos.de/volksbewegung/Texte/Doku2003/Kampagne.html#oben>. Eine ausführliche Stellungnahme aus dem engeren Führungskreis des PCP/SL findet sich unter dem Titel „¡Por una auténtica comisión de la verdad! ¡defender históricamente la guerra popular! ¡no a la impunidad del genocidio!“ auf www.bandera-roja.com/pcp_septiembre.htm (03.10.2004).

andersetzung mit dem staatlich verantworteten Unrecht findet stattdessen, unter Beteiligung durchaus der vor allem betroffenen ländlichen Bevölkerung, in gesonderten Formen statt, in Zusammenschlüssen wie ANFASEP und anderen Komitees, in die man nicht geboren ist, sondern denen man individuell beiträgt. Dort dominiert der menschenrechtliche Diskurs, der auf die rechtsstaatliche Transformation der Institutionen zielt.

Insofern ist der „dorfgemeinschaftliche Weg der Vergangenheitsbewältigung“ nicht übertragbar auf die nationale Gesellschaft, wie umgekehrt die Voraussetzungen in den Dorfgemeinden nicht gegeben sind, um die Empfehlungen der Wahrheitskommission in vollem Umfang aufzunehmen. Die CVR entwickelte ein Modell von Versöhnung auf der Basis der Anerkennung von „vollgültiger Staatsbürgerschaft für alle Peruanerinnen und Peruaner“ (Comisión de entrega 2004: 465) und wies in ihrem analytischen Teil selbst ausführlich darauf hin, dass dieses Konzept nicht die Realität beschreibt. Versöhnungsarbeit müssen die Peruaner nach der Vorstellung der CVR auf drei Ebenen leisten: 1. der interpersonalen und familiären, 2. der gesellschaftlichen Ebene, und 3. in den Beziehungen zwischen Bürgern und Staat (ebd.). Der Prozess, den die Menschen in den Dorfgemeinden lange vor der Wahrheitskommission begonnen haben, wäre wohl zwischen den beiden ersten Ebenen anzusiedeln.

Bisher laufen die realen Prozesse der Vergangenheits- und Versöhnungsarbeit in den Dörfern Ayacucho und die auf die gesamtgesellschaftliche und vor allem staatlich-institutionelle Ebene zielenden Vorschläge der Wahrheitskommission nahezu unverbunden nebeneinander ab.³⁴ Beide Prozesse haben Defizite, die abgebaut werden könnten, wenn sie sich stärker aufeinander bezögen. Im ethnisch, kulturell und politisch so heterogenen Peru wird kein einzelner Diskurs den Ton für den Umgang mit der Vergangenheit und die daraus zu ziehenden Lehren für die Zukunft bestimmen können. Nur wenn es gelingt, aus dem Erbe der Wahrheitskommission einen „Ort der dissensfähigen Rekonstruktion der Geschichte“ (Lefranc 2004) zu machen, die Begegnung der unterschiedlichen Ansätze zu organisieren, wird die große Anstrengung dieser Kommission ebenso gelohnt haben wie die pragmatischen Versöhnungsprozesse in den Dörfern.

³⁴ Die in Andahuaylas ansässige Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisation PROANDE, die über Jahre intensiv in der von der Gewalt in Ayacucho am stärksten betroffenen Region von Chapi und Chungui („Oreja de perro“) gearbeitet hat, stellt in einer Studie über die Auswirkungen der Gewalt in dieser Gegend fest: „Begriffe wie Menschenrechte, [...], Demokratie, Staatsbürgerschaft, die dem Vokabular der heutigen Welt angehören, aber oft einen sehr westlichen Bedeutungsgehalt haben, konnten sich die Menschen der „Oreja de perro“ bis heute nicht zu Eigen machen. Es ist eine der Herausforderungen für die Zukunft, dass diese Begriffe auch Inhalte und Ideen umfassen, die der andinen Welt zugehören...“ (PROANDE 2002: 54).

Literaturverzeichnis

- Asociación Defensores de la Democracia contra el Terrorismo – ADDCOT (2003): Omissiones a la Verdad – ¿Y la Reconciliación?, Lima.
- Burt, Jo-Marie (1998): „Unsettled accounts. Militarization and Memory in Postwar Peru“, in: *NACLA XXXII/2* (sept. 1998), S. 35-40.
- COMISEDH (2001): Memoria para los ausentes. Desaparecidos en el Perú (1982-1996), Lima.
- Comisión de la Verdad y Reconciliación (CVR) (2003): Informe Final (versión CD-ROM), Lima.
- Comisión de Entrega de la Comisión de Verdad y Reconciliación (2004): Hatun Willakuy. Versión abreviada del Informe Final de la Comisión de Verdad y Reconciliación, Lima.
- Consejería en Proyectos (2003): Una mirada a la verdad. Percepciones de la población de Huancavelica sobre la Comisión de la Verdad y Reconciliación, Lima.
- Coronel, José (1999): „Movilidad campesina: Efectos de la violencia política en Ayacucho“, in: Wilson, Fiona (Hg.), *Violencia y espacio social. Estudios sobre conflicto y recuperación*, Lima, S. 195-214.
- (2003): „Los Comités de Autodefensa Civil – 10 años después“, in: Instituto de Defensa Legal, *Justicia y violencia en las zonas rurales – La experiencia de la región andina*, Lima, S. 91-96
- Defensoría del Pueblo (2004): A un año de la Comisión de la Verdad y Reconciliación. Informe Defensorial No. 86, Lima.
- Degregori, Carlos Iván / Coronel, José/Ponciano del Pino (1998): *Gobiernos locales, ciudadanía y democracia*, Lima.
- (2000): *La década de la antipolítica*, Lima.
- Del Pino, Ponciano (1996): „Tiempos de guerra y de dioses: Ronderos, evangélicos y senderistas en el valle del río Apurímac“, in: Carlos Iván Degregori et al., *Las rondas campesinas y la derrota de Sendero Luminoso*, Lima/Ayacucho, S. 117-188)
- (2004): *Gobiernos locales, ciudadanía y democracia: Los casos de Huanta y Huamanga (Ayacucho)*, <http://lists.village.virginia.edu/~spoons/c-s/delpino.html> (05.10.2004).
- Fuller, Norma (2004): „Renacer del pasado: memorias de la guerra en la comunidad de Santa María Magdalena de Pacccha“, in: Raynald Belay et al. (Hg.): *Memorias en conflicto*, Lima, S. 237-248.
- Fumerton, Mario (2003): *From Victims to Heroes: Peasant counter-rebellion and civil war in Ayacucho, Peru, 1980-2000*, Amsterdam.

- Gamarra, Jeffrey (1999): „Lo público y lo privado: Un análisis del espacio social en comunidades de retornantes en Ayacucho, Perú“, in: Wilson, Fiona (Hg.): *Violencia y espacio social. Estudios sobre conflicto y recuperación*, Lima, S. 143-158.
- (2002): *Las dificultades de la memoria, el poder y la reconciliación*, documento de discusión, IPAZ, Ayacucho.
- Guillerot, Julie (2004): *Sacsamarca: un pueblo olvidado que recuerda*
www.aprodeh.org.pe/sem_verdad/sacsamarca/sacsamarca.htm (23.06.2004)
- Huhle, Rainer (1990): „Pistaco – Der Herr des Fettes. Funktion und Wandel des Bildes vom fremden Herrn bei den ‚indios‘ in den Zentralanden“, in: *Iberoamericana* 40/41, Hamburg (1990), S. 96-125.
- (1991): „Demokratisierung mit Menschenrechtsverbrechern? Die Debatte um die Sanktion von Menschenrechtsverletzungen in den lateinamerikanischen Demokratien“, in: Detlef Nolte (Hg.): *Lateinamerika im Umbruch?* Hamburg, S. 75-108.
- (1997): „Rückkehr in die Zukunft? Das Leben in den Bürgerkriegsgebieten Perus nach der Vertreibung des Sendero Luminoso“, in: *Lateinamerika, Analysen und Berichte*, Band 21, Bad Honnef, S. 96-108.
- (2002): „Menschenrechte in Lateinamerika“, in: Hasse, Jana et al. (Hg.): *Menschenrechte. Bilanz und Perspektiven, (Demokratie, Sicherheit, Frieden Bd. 137), (Frieden durch Recht II)*, Baden-Baden, S. 197-220.
- IPAZ (2000): *Administración de justicia en zonas rurales de Ayacucho. El caso de las provincias de Huanta y Vilcashuamán, Ayacucho (documento de trabajo)*.
- Isbell, Billie Jean (1992): „Shining Path and Peasant Responses in Rural Ayacucho“, in: David Scott Palmer (Hg.): *Shining Path of Peru*, New York, S. 59-81.
- Lefranc, Sandrine (2004): „¿Cómo acabar con el desacuerdo? Las Comisiones de la Verdad y Reconciliación como lugar de reconstrucción disensual de la historia“, in: Raynald Belay et al. (Hg.): *Memorias en conflicto*, Lima, S. 193-224.
- Mallon, Florencia (1995): *Peasant and Nation*, Berkeley/London.
- Manrique, Nelson (2003): „Sendero Luminoso y las zonas liberadas“, in: *Instituto de Defensa Legal: Justicia y violencia en las zonas rurales – La experiencia de la región andina*, Lima, S. 75-90.
- Minow, Martha (1998): *Between Vengeance and Forgiveness. Facing History after Genocide and Mass Violence*, Boston.
- Pedersen, Duncan et al. (2001): *Violencia política y salud en las comunidades altoandinas de Ayacucho, Perú, Ayacucho (IPAZ – interne Studie)*.
- Pérez Aguirre, Luis (1996): „Nur die Wahrheit macht uns frei“, in: Detlef Nolte (Hg.): *Vergangenheitsbewältigung in Lateinamerika*, Frankfurt, S. 204-206.
- PROANDE (2002): *Violencia en la Oreja de Perro. Un testimonio de parte*, s.l. (Andahuaylas) (documento de trabajo)

- Rivera Paz, Carlos (2004): „Más de 50.000 requisitorias por terrorismo“, in: *ideele* No.165, August 2004, S. 79-82.
- Rubio Zapata, Miguel (2004): „Persistencia de la memoria“, in: Mark R. Cox (Hg.): *Pachaticray (El mundo al revés). Testimonios y ensayos sobre la violencia política y la cultura peruana desde 1980*, Lima, S. 203-218
- Theidon, Kimberly (2002): „How We Learned to Kill Our Brother?: Memory, Morality and Reconciliation in Peru“, in: *Bulletin de l'Institut Français des Études Andines*, No. 3 (29): S. 539-554
- (2003): „La Micropolítica de la Reconciliación: Practicando la Justicia en Comunidades Rurales Ayacuchanas.“ *Revista Allpanchis*, vol. 60 (2003): S. 113-142.
- (2004): *Entre prójimos. El conflicto armado interno y la política de la reconciliación en el Perú*, Lima.
- Valencia, Alfredo (2003): *Cambios, límites y posibilidades de comunidades campesinas afectadas por la violencia política: Ccarhuapampa, Ayacucho*; [folk.uio.no/hwiig/Valencia%20\(2003\).pdf](http://folk.uio.no/hwiig/Valencia%20(2003).pdf) (18.07.2004).
- Vázquez, Félix (2001): *La memoria como acción social. Relaciones, significados e imágenes*, Barcelona.
- Vilcapompa, José Carlos (1999): „La Maqtada de Cáceres – recuerdos de guerra“, in: *Cuadernos arguedianos* 2/2, mayo 1999, Lima, S. 39-52.
- Villa-Vicencio, Charles (2000): „Coexistence, healing and reconciliation“, in: Villa-Vicencio, Charles/Verwoerd, Wilhelm (Hg.): *Looking Back Reaching Forward. Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa*, Cape Town, S. 199-209.